

Stand: 17.06.2026 22:32:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/278

"Gezielten Angriffen auf die verfassungsmäßige freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden entgentreten! Grundrechte, Gewaltenteilung und Demokratie verteidigen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/278 vom 24.01.2024
2. Beschluss des Plenums 19/296 vom 24.01.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 24.01.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn und Fraktion (AfD)**

Gezielten Angriffen auf die verfassungsmäßige freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden entgegentreten! Grundrechte, Gewaltenteilung und Demokratie verteidigen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt jedwede Bestrebung, die Demokratie in Deutschland und Bayern, die Grundrechte der Bürger und die Gewaltenteilung gezielt zu schwächen, zu schädigen, zu umgehen und auszuhebeln. Solche Bestrebungen sind ein Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Staates, wie sie im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung unverrückbar verankert ist. Sie sind auch ein Angriff auf das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Frieden. Der Landtag soll zukünftig verfassungsfeindlichen Bestrebungen frühzeitig und entschieden entgegentreten.

Der Landtag verurteilt vor diesem Hintergrund jegliche Form von Verfassungsbrüchen und Angriffen gegen die Demokratie, die Gewaltenteilung und die Grundrechte der Bürger. Solche Verfassungsbrüche und Angriffe sind ein Verstoß gegen die freiheitlich-demokratische Vision der Gründerväter der Bundesrepublik Deutschland und des Freistaates Bayern.

Der Landtag unterstreicht die Wichtigkeit der ständigen Wachsamkeit der deutschen Bürger gegenüber den freiheits- und demokratiefeindlichen Übergriffen der politischen Kaste.

Begründung:

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, CSU/CDU und FREIE WÄHLER begehen unserer Auffassung nach wiederholt Verfassungsbruch.

Laut Urteilen des Bundesverfassungsgerichtshofes sind der Nachtragshaushalt des Bundes 2021 und der Bundeshaushalt 2023 verfassungswidrig, da diese mithilfe von Schattenhaushalten und Umwidmungen gegen die verfassungsrechtliche Schuldenbremse (Art. 109 und 115 Grundgesetz – GG) verstoßen haben.

Das unkontrollierte Einlassen von Millionen nach unserem Verständnis illegaler Migranten im September 2015 durch die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sowie die seitdem weiterlaufende Aufnahme von Millionen Asylforderern, die über einen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreisen (Art. 16a GG), stellt unseres Erachtens einen historisch beispiellosen Verfassungsbruch dar.

Die von den Bundes- und Landesregierungen ausgeübten Freiheitseinschränkungen wie Lockdowns, Ausgangssperren, Geschäftsausübungsverbote, Masken-, Test- und Impfzwang unter dem Vorwand einer angeblichen und wissenschaftlich widerlegten „Pandemie“ stellen nach unserer Ansicht nach der illegalen Masseneinwanderung den größten staatlich verordneten Angriff auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung

seit 1945 dar. Viele dieser Maßnahmen wurden zurecht von Verfassungs- und Verwaltungsgerichten von Bund und Ländern für verfassungs- und gesetzeswidrig erklärt, darunter auch die bayerischen Ausgangssperren vom April 2020.

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, CSU/CDU und FREIE WÄHLER greifen wiederholt die Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte an.

Angriffe der politischen Kaste auf demokratische Wahlen und den Willen des Souveräns

Aufgrund zahlreicher schwerwiegender Verstöße müssen zwei Wahlen in Berlin wiederholt werden. Im Jahr 2020 erwirkte die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Rückgängigmachung der legitimen Wahl des FDP-Ministerpräsidenten von Thüringen, da dieser mit den Stimmen der AfD-Abgeordneten gewählt wurde. So etwas kennt man aus unserer Sicht eigentlich nur von autoritären Staaten, Entwicklungsländern und „Failed States“.

Den AfD-Fraktionen in Bund und Ländern werden die ihr gemäß Parlamentssatzung und demokratischen Traditionen zustehenden Positionen in verschiedenen Parlamenten wie dem Bundestag, dem Bayerischen Landtag, vorenthalten. Dazu gehören Positionen wie der Vizepräsident, Alterspräsident, der Vorsitz in den Ausschüssen sowie die Mitgliedschaft in den Parlamentarischen Kontrollgremien. Dies stellt unseres Erachtens eine maßgebliche Missachtung des Willens des Volkssouveräns dar.

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE, SPD und FDP versuchen nach unserem Eindruck, durch die Einführung von Bürgerräten die parlamentarische Demokratie zu umgehen. Auch die CDU/CSU-Fraktion steht den Bürgerräten wohlwollend gegenüber. Die Konzeption von „Räterepubliken“ und die Schaffung von „Sowjets“, welche mit Leichtigkeit von den Regierungsfraktionen manipuliert werden können, sind charakteristisch für sozialistische Diktaturen und stehen im Widerspruch zu den Prinzipien der allgemeinen Demokratie.

Die EU, als supranationale Institution, hat bedeutende Kompetenzen in verschiedenen politischen Bereichen wie Währungspolitik, Sanktionen, Verbraucherschutz, Wettbewerbsrecht und Energiepolitik gebündelt. Dadurch hat sie nach unserer Auffassung de facto die nationalen und Landesparlamente zu großen Teilen entmachtet. Entscheidungen von grundlegender Bedeutung werden von EU-Kommissionsbürokraten oder einem kleinen Rat von Staatsoberhäuptern von oben nach unten getroffen. Zudem hat das Europäische Parlament kein Initiativrecht. Die AfD-Fraktion strebt eine Reform der supranationalen EU hin zu einer freiheitlichen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft an, um den nationalen und Landesparlamenten entscheidende Kompetenzen zurückzugeben, und versteht sich dabei als einzige Verteidigerin der nationalen Demokratie.

Angriff auf die Gewaltenteilung: Politischer Missbrauch der Verfassungsorgane und der öffentlich-rechtlichen Medien

Die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts werden de facto von den Regierungskoalitionen gewählt. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts ist Mitglied in der CDU-Fraktion und hatte zuvor die Position des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne. Beide Tatsachen stellen aus unserer Sicht eine eklatante Gefährdung der Unabhängigkeit und Neutralität der Judikative dar.

Die Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes und des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz werden von den Innenministern der jeweiligen Regierungen ernannt. Zudem sind beide Organe den Innenministerien der jeweiligen Regierungen nachgeordnet und unterstehen deren Dienst- sowie Fachaufsicht. Somit ist aus unserer Sicht die Unabhängigkeit und Neutralität des Verfassungsschutzes nicht gewährleistet, welcher stattdessen als „Regierungsschutz“ gegen die demokratische Opposition und gegen regierungskritische Bürger missbraucht wird.

In der Berichterstattung und in den Talkshows des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird die AfD-Fraktion in Bezug auf die Wahlergebnisse und Umfragen aus unserer Sicht deutlich unterrepräsentiert, während die Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD, FDP und Die Linke traditionell überrepräsentiert sind. Zusätzlich ist die Berichterstattung über die AfD-Fraktion hauptsächlich von negativen Darstellungen geprägt. Beide Phänomene sind durch statistische Daten belegt und zeigen somit einen Verstoß gegen das Ausgewogenheitsgebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf.

Seit 2017 ist die AfD-Fraktion nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung (DES) von staatlicher Finanzierung ausgeschlossen, was im Widerspruch zur demokratischen Tradition der parteinahen Stiftungsfinanzierung steht und nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2023 verfassungswidrig ist. Dennoch verweigern die etablierten Parteien der DES staatliche Zuschüsse unter fadenscheinigen Begründungen.

Angriffe auf die freiheitlichen Grundrechte

Die Einordnung der AfD-Fraktion als „rechtsextremer Verdachtsfall“ durch den weisungsgebundenen Verfassungsschutz basiert allein darauf, dass die AfD-Fraktion behauptet, es existiere nicht nur das deutsche Staatsvolk im juristischen Sinne, sondern auch ein deutsches Volk im ethno-kulturellen Sinne, dessen Kern die AfD-Fraktion bewahren möchte. Eine Verneinung dieser Auffassung verstößt aus unserer Sicht gegen das Grundgesetz, insbesondere gegen den § 116 Abs. 1 GG, der die „deutsche Volkszugehörigkeit“ definiert und im § 6 Abs. 1 Bundesvertriebenengesetz näher ausgeführt wird.

Aufgrund der alleinigen Überwachung oder der Einstufung als angeblich „rechtsextrem“ droht Mitgliedern der AfD-Fraktion und der Jungen Alternative der Entzug von Flug-, Jagd- und Sportwaffenscheinen. Dies stellt unseres Erachtens eine offensichtliche Form von Schikane dar, die darauf abzielt, Mitglieder abzuschrecken.

Bürger werden in großer Zahl von ihren Arbeitgebern entlassen, nach unserer Kenntnis lediglich aufgrund ihrer Mitgliedschaft in oder geäußerten Sympathie für die AfD-Fraktion. Diese Vorgehensweise widerspricht nicht nur dem Grundgesetz, sondern auch dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG), welches Diskriminierung aufgrund politischer Ansichten am Arbeitsplatz untersagt.

Banken schließen nach unserer Kenntnis die Privatkonten von AfD-Mitgliedern, was erhebliche Auswirkungen auf ihre Lebensgrundlage hat. Zudem gestaltet es sich äußerst schwierig für Parteigliederungen der AfD, bei den meisten Banken überhaupt ein Konto zu eröffnen. Beides verstößt eindeutig gegen das Art. 3 GG und gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG).

Immer wieder verstoßen Kommunen und öffentliche Träger aus unserer Erfahrung gegen Gleichbehandlungsprinzip laut § 5 Parteiengesetz (PartG), indem sie der AfD die Nutzung öffentlicher Räume und Werbeflächen verwehren.

Forderungen von Politikern wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU) und weiteren Vertretern der etablierten Parteien, dass Beamte entlassen werden sollen, wenn sie Mitglieder der AfD sind, stehen unseres Erachtens im Widerspruch zu Art. 3 GG und § 33 Absatz 1 des Bundesbeamtengesetzes (BBG).

Im Verlauf der Freiheitskundgebungen und Bürgerproteste gegen die Corona-Maßnahmen führte der weisungsgebundene Verfassungsschutz die neue Beobachtungskategorie der „Verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ ein. In Wirklichkeit handelt es sich dabei nach unserer Auffassung um eine Diskreditierung legitimer Kritik an der Regierungspolitik und stellt somit einen Angriff auf einen Kernaspekt jeder aufgeklärten Demokratie dar – das Recht auf friedliche Versammlungen (Straßenproteste) und das Recht, die Regierung zu kritisieren.

AfD-Politiker sind aus unserer Erfahrung regelmäßig Zielscheiben von Angriffen links-extremistischer Gruppierungen, die teilweise Zuspruch von den etablierten Parteien er-

halten und sogar durch staatliche Mittel über die „Demokratieförderung“ finanziert werden. Autos von AfD-Politikern werden wiederholt angezündet, Privathäuser mit Farbe beschmiert und die Privatadressen von AfD-Politikern veröffentlicht, begleitet von Aufrufen zu Gewalttaten. Linksextremistische Straftaten wie Brandstiftungen, das Mitführen von Sprengstoffen, Landfriedensbruch, gefährliche Eingriffe in den Verkehr, Freiheitsberaubung, Widerstandsdelikte und Sachbeschädigungen dominieren dabei die Statistik. Die meisten von den Mainstream-Medien und den Kartellparteien gelobten „Demos gegen Rechts“ werden sogar von diesen linksextremen Gruppen wie Antifa und Extinction Rebellion mitorganisiert.

Im Jahr 2023, zum ersten Mal seit dem Ende der DDR, äußert die Mehrheit der Deutschen laut Umfragen die Besorgnis, dass die freie Meinungsäußerung in der Bundesrepublik eingeschränkt ist. Insbesondere Vertreter des rechts-konservativen Spektrums teilen diese Einschätzung. Es zeigt sich damit unseres Erachtens eine fortschreitende Verengung und ein Linksruck des Diskurskorridors.

Ebenfalls erstmalig scheint die Mehrheit der Deutschen das Vertrauen in Personen und Institutionen der Demokratie in Deutschland verloren zu haben. Umfragen zufolge wird dies aus unserer Sicht maßgeblich dem befremdlichen Verhalten der Regierung und Politiker aller Kartellparteien zugeschrieben, nicht den Aussagen der AfD. Die Zustimmungsraten für die Ampel-Regierung und ihre Parteien befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt.

Im Jahr 2023 bezeichnete die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung 8 Prozent der deutschen Bürger fälschlicherweise als „rechtsextrem“, lediglich, weil sie die illegale Maseneinwanderung kritisieren und sich für ein traditionelles Familienmodell aussprechen. Diese von vielen Systemmedien mitgetragene fälschliche Etikettierung stellt eine Verzerrung der eigentlichen Bedeutung von Rechtsextremismus dar.

Immer wieder fallen Vertreter der politischen Kaste mit eklatanten Diskreditierungen der Opposition und Bürger auf. Im Jahr 2019 rief Ministerpräsident Dr. Markus Söder zu Gewalttaten gegen AfD-Mitglieder auf, indem er sagte: „Franz Josef Strauß hätte die AfD aufs Blut bekämpft und wir tun das auch.“ Im Jahr 2022 bezeichnete der FREIE WÄHLER-Abgeordnete Dr. Fabian Mehring die AfD als „Blinddarm“, wobei er unserer Auffassung nach Nazi-Jargon verwendete. Im Jahr 2023 beleidigte Bundeskanzler Olaf Scholz Vertreter der Friedenbewegung und Kritiker als „Gefallene Engel aus der Hölle“. Anfang 2024 bezeichnete die FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann die AfD-Fraktion als „Misthaufen“ und die 13,2 Mio. AfD-Sympathisanten als „Fliegen, die um diesen wirren“ würden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Prof. Dr. Ingo Hahn, Markus Walbrunn** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/278

Gezielten Angriffen auf die verfassungsmäßige freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden entgegnetreten! Grundrechte, Gewaltenteilung und Demokratie verteidigen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Martin Böhm

Abg. Johannes Becher

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Florian Streibl

Abg. Florian von Brunn

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Richard Graupner

Abg. Markus Walbrunn

Abg. Anna Rasehorn

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Katharina Schulze, Johannes Becher, Ludwig Hartmann u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),

Florian von Brunn, Ruth Müller, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)

Gezielten Angriffen auf die demokratische Ordnung des Freistaates Bayern und seiner Verfassungsorgane entschieden entgegentreten! (Drs. 19/269)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Gezielten Angriffen auf die verfassungsmäßige freiheitlich-demokratische Grundordnung entschieden entgegentreten! Grundrechte, Gewaltenteilung und Demokratie verteidigen! (Drs. 19/278)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der CSU-Fraktion, Herrn Kollegen Klaus Holetschek, das Wort. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe immer noch unter dem Eindruck der Veranstaltung von heute Vormittag. Es war eine sehr würdevolle, eindrückliche Veranstaltung. An dieser Stelle möchte ich noch einmal allen danken, die dort gesprochen haben, speziell aber unserer Landtagspräsidentin für ihre großartige Rede.

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Heute reden wir über ein sehr ernstes Thema. Ich will mich bei den demokratischen Fraktionen und Parteien hier im Plenum bedanken, dass wir dies gemeinsam tun, in großer Einigkeit. Ich hätte mir vorher bei der anderen Abstimmung gewünscht, dass auch da die staatspolitische Verantwortung etwas deutlicher hervorgetreten wäre. Aber es ist wichtig, dass wir hier Flagge zeigen. Ich spreche über die Würde. Allerdings gibt es, glaube ich, hier im Landtag eine Fraktion, die es mit der Würde bei bestimmten Themen nicht sehr ernst meint, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Der Angriff auf die Würde des Hohen Hauses, auf die Würde der Verfassungsorgane, ist ein Angriff auf uns alle. Den dürfen wir nicht dulden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Man muss sich das noch einmal im Gesamtkontext ansehen. Was ist denn hier passiert? – Neben vielen Tabubrüchen in der letzten Zeit steht auf einmal etwas im Raum, das meiner Meinung nach eine völlig neue Qualität hat: Ein führender Vertreter der AfD-Fraktion räumt ein, dass man die konstituierende Sitzung des Landtags dazu nutzen wollte, um die Verhaftung eines AfD-Abgeordneten medienwirksam zu missbrauchen. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen! Worum geht es denn in unserem Rechtsstaat? Worum geht es denn eigentlich? Geht es um Inszenierung? Geht es um eine Show? Was wollen Sie denn eigentlich mit solchen Aktionen erreichen? Das ist verabscheuungswürdig, schäbig und geht überhaupt nicht, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Hinzu kommt, dass es das Ziel war, die Präsidentin des Landtags durch diese Inszenierung zu beschädigen und dass es für Sie eine "charmante Idee" und ein "legitimes politisches Ziel" war. So weit sind wir hier gekommen! Dass so etwas überhaupt ausgesprochen, mehrmals wiederholt und in den Raum gestellt wird, ist unterste Schublade, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Ich glaube, seit 1946 gab es keinen vergleichbaren Vorgang hier im Hohen Haus. Sie haben kein Unrechtsbewusstsein! Sie haben überhaupt keine Ahnung, was Sie und wo Sie anzünden, oder Sie tun es bewusst; dann tun sie es aber im Bewusstsein, dass Sie die Geschichte nicht verstanden haben und aus dieser Geschichte nichts gelernt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Böhm, ich fordere Sie auf: Entschuldigen Sie sich bei der Landtagspräsidentin, hier und jetzt!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD –
Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Auf geht's, tut nicht weh!)

Wollen Sie sich entschuldigen?

(Martin Böhm (AfD): Nö!)

Gut, ein flottes "Nö" war die Antwort auf diese Frage. Das zeigt, dass wir in diesem Haus zusammenrücken müssen. Wir müssen von dieser Seite abrücken und zusammenrücken. Das dürfen wir uns nicht gefallen lassen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind die Feinde unserer Demokratie, unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der grundlegenden Werte, die uns verbinden. Sie wollen diesen Staat un-

terlaufen, ihn kaputt machen und die Macht ergreifen, nichts anderes, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Das ist doch genau der Instrumentenkasten der NSDAP am Ende der Weimarer Republik:

(Andreas Winhart (AfD): Jetzt reicht es aber!)

Pöbeleien, ehrverletzende Angriffe, Personen des öffentlichen Lebens verächtlich machen und den Parlamentarismus in die Ecke stellen. Genau das ist der Instrumentenkasten, den Sie benutzen, und das muss man den Menschen in diesem Land sagen!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wir wollen so etwas nicht! Wir wollen das hier nicht, und auch Ihre Fraktionsvorsitzende sollte einmal Tabula rasa machen. Ihr Parteitag beschließt etwas, und Sie distanzieren sich nicht! Sie ducken sich weg und erklären die Vorgänge für erledigt. So einfach ist es nicht, meine Damen und Herren, und so einfach werden wir es Ihnen in diesem Haus auch nicht machen!

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD) – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Mit diesem Verhalten schaden Sie dem gesamten Hohen Haus, unserer Demokratie und den Organen dieses Hauses. Deswegen ist es wichtig, dass wir das Thema hier und heute in dieser Deutlichkeit besprechen.

Natürlich ist die Gesellschaft im Moment in Aufruhr. Die Gesellschaft hat Angst vor bestimmten Entwicklungen. Ich glaube auch nicht, dass jeder, der Ihre Partei wählt, ein Rechtsradikaler ist, und ich will hier auch nicht mit der "Nazi-Keule" kommen, aber – –

(Lachen und Widerspruch bei der AfD)

– Na, wenn Sie sich den Schuh anziehen, ist es ja in Ordnung.

Ich will aber jeden auffordern, der mit Ihrer Partei sympathisiert,

(Zuruf des Abgeordneten Andreas Winhart (AfD))

sich zu überlegen, ob er eine Partei wählen will, die eine solche Meinung vertritt, unsere Verfassungsorgane beleidigt, aus der Europäischen Union und der NATO austreten will

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

und ein Gehilfe Putins ist. Jeder Bürger muss wissen, was er bekommt, wenn er AfD wählt, meine Damen und Herren!

(Zuruf: Bravo! – Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Es ist auch nicht der erste Tabubruch, sondern es geht immer weiter. "Deutschland, Deutschland"-Gegröle in einer Diskothek, wer auch immer dies war, keine Ahnung.

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Aber Ihre Leute waren doch dabei! Die Remigrationsfantastereien, meine Damen und Herren, zeigen noch einmal, wohin Sie eigentlich wollen. Sie haben doch gar kein Interesse daran, dass unser Staat wieder stark wird und wir Wohlstand haben. Sie wollen diesen Staat untergraben! Je schlechter es ihm geht, desto besser ist es für Sie. Die Politik, die Sie hier betreiben, ist unanständig, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Sie müssen sich auch einmal fragen, wenn sich heute führende Wirtschaftsvertreter äußern! Vor Kurzem haben wir gelesen, was Vertreter von DAX-Unternehmen oder der bayerischen Wirtschaft sagen: Wer die AfD wählt, setzt den Wohlstand unseres Landes aufs Spiel. Das muss man einmal deutlich machen! Darum geht es doch.

(Zuruf von der AfD)

Das wollen wir nicht. Wir wollen, dass die Menschen in Wohlstand leben. Wir wollen auch, dass sie stolz auf das Land sind und wir ihre Probleme lösen. Dies sehen wir als unsere Aufgabe hier in diesem Haus an, liebe Kolleginnen und Kollegen,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Warum gibt es denn die AfD?)

aber darum geht es Ihnen doch gar nicht. – Nein, Ihre Agenda, Frau Ebner-Steiner, ist eine völlig andere. Ihnen geht es doch gar nicht darum, die Probleme der Menschen zu lösen. Ihnen geht es darum, den Staat zu unterlaufen, den Staat und die Demokratie abzuschaffen und den Menschen die Freiheit zu nehmen!

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schmarrn!)

Sie wollen etwas ganz anderes. Sie wollen das, was wir in unserer Geschichte schon hatten und keiner mehr braucht. Das wollen Sie,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Nein!)

und wir wollen das nicht und werden mit aller Kraft dagegenhalten!

(Lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wenn jetzt viele Menschen auf die Straße gehen, merkt man, dass sie sich wehren und die wehrhafte Demokratie zum Vorschein kommt. Sie wehren sich gegen Rechts-extremismus! Ich will den Veranstaltern mancher Demonstrationen sagen: Die Frage von Fridays for Future, ob man, wenn man gegen Rechts ist, auch gegen die CSU oder die anderen demokratischen Parteien sein muss, ist die falsche. Wir stehen in der Mitte der Gesellschaft. Dort bleiben wir auch, und wir lassen uns vor keinen Karren spannen, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen werden wir alles tun, um die Probleme der Menschen zu lösen, ihre Sorgen ernst nehmen und eine Politik betreiben, die das Vertrauen der Menschen erhält und bei der wir sehen, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wollen einen kraftvollen Staat und einen gesunden Patriotismus, aber ohne eine AfD, die nichts anderes vorhat, als diesen Staat kaputt zu machen, die diesen Staat beschädigt, sich schäbig verhält, nur erreichen will, dass wir eine andere Rechtsordnung erhalten, und die Fantasie der Machtergreifung von vor x Jahren noch einmal hochleben lassen will.

(Zuruf von der AfD: Oh!)

Das wollen wir nicht, und wir werden alles dafür tun, damit dies auch nicht so kommt!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dafür erteile ich Herrn Abgeordneten Martin Böhm von der AfD-Fraktion das Wort. Bitte.

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Kollege Holetschek, die Rede hat klar erkennen lassen: Solche Reden sind nicht die Lösung, sondern das Problem in unserer Gesellschaft. Sie verschwenden hier jetzt gerade die Zeit der Bürger. Die Zeit hat Ihnen der Bürger verliehen. Sie verschwenden sie mit sinnlosen Anträgen aus dem kruden Weltbild einer gerade in sich zerfallenden Union,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ach!)

und Sie tun das gemeinsam mit einer Scheinopposition hier im Bayerischen Landtag. Sie verschließen die Augen vor den Sorgen der Menschen da draußen – die haben genug Sorgen –,

(Johannes Becher (GRÜNE): Die größte Sorge ist die AfD!)

und Sie machen das gemeinsam mit linksgrünen Parteien, mit denen gemeinsam Sie sich dann wahrscheinlich wohlig zurücklehnen können, um sich zu bestätigen: Wow, ich bin die Mitte der Gesellschaft.

(Zurufe: Die Entschuldigung haben Sie noch vergessen! Es fehlt noch die Entschuldigung!)

Auch wenn Sie gerade politisch verzwerger,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

aufgespalten in Werteunion und den Rest, der draußen noch irgendwo herumschwirrt,

(Michael Hofmann (CSU): Unglaublich, wirklich!)

entbindet Sie das alles nicht von der Pflicht, dem Volk zu dienen

(Florian von Brunn (SPD): Hören Sie doch mit der Heuchelei auf! Das ist doch reine Heuchelei!)

und Ihren eigenen Egoismus in solchen Fällen und bei solchen Reden einzubremsen und zu zügeln.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von den GRÜNEN: Nur Müll!)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Sie haben eine Minute für Ihre Zwischenbemerkung. – Bitte, Herr Kollege Holetschek.

Klaus Holetschek (CSU): Ich hatte die vage Hoffnung – aber ich habe sie sofort wieder verworfen –, dass Sie einen Funken Anstand haben und diese Wortmeldung nutzen, um sich bei der Landtagspräsidentin zu entschuldigen. Sie haben diesen Mut nicht gehabt. Sie haben diese Initiative nicht ergriffen. Schade!

(Florian von Brunn (SPD): Den Anstand hat er nicht!)

Das zeigt noch mal, wofür Sie stehen und wie Sie denken. Ich kann dazu nicht mehr sagen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Kollege Johannes Becher. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Tag im Parlament in diesem Saal begann heute Vormittag mit der Gedenkstunde für die Opfer des Regimes des Nationalsozialismus. "Nie wieder" ist immer. Es war ergreifend, berührend für mich, für viele.

Abgeordnete der AfD waren bei dieser Gedenkveranstaltung anwesend. Herr Halem-ba, wie geht es Ihnen denn, wenn Sie die Rede eines Zeitzeugen, eines Überleben-den des Holocaust mit anhören, wenn Sie daran denken, dass der Schlachtruf "Sieg Heil!" gebrüllt wurde, bevor die Gaskammern aktiviert wurden, in welchen seine Mutter und sein Bruder 1944 ermordet wurden? Wie geht es Ihnen, wenn Sie an Heinrich Himmler denken und daran, welche unvorstellbaren Gräueltaten er zu verantworten hat? Berührt Sie das? Ist da ein Funken Mitmenschlichkeit bei Ihnen? Wahrscheinlich ist es vergebliche Liebesmüh, aber ich möchte nicht aufgeben. Ist Ihre Ideologie ein stummer Schrei nach Liebe, oder sind Sie wirklich so kalt,

(Lachen bei der AfD)

wie ich es niemandem wünschen möchte? Es ist nie zu spät, zurück auf den Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu kommen. Denken Sie nach und kehren Sie um!

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Nun zu Herrn Böhm, der sich nicht nur nicht entschuldigt, das Parlament mit seiner Präsidentin delegitimieren will, sondern der auch "den Karnickeln in den Parlamenten" einen "Nackenschlag versetzen" möchte – "den Karnickeln in den Parlamenten". Sie wissen alle, wer da gemeint ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wir alle!)

Wer das Parlament verachtet, der sollte nicht in einem Parlament sitzen. Wer gegen die Verfassung agitiert, sollte die wehrhafte Demokratie zu spüren bekommen. Wer die Demokratie attackiert, der greift uns alle an, nicht nur die demokratischen Parteien, sondern die gesamte freiheitliche Gesellschaft, Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, denen die Grundrechte, die Freiheitsrechte, die Würde des Menschen, die Demokratie etwas bedeuten.

Wenn Sie glauben, dass wir unsere Werte Ihrer Ideologie opfern, dann irren Sie gewaltig. Die Demokratie ist stark. Die Demokratie ist lebendig, und sie wird ihre Feinde mit allen Mitteln bekämpfen, die der Rechtsstaat zu bieten hat. Das ist ein Versprechen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Demokratie wurde schon immer von jenen Außenseitern der Gesellschaft infrage gestellt, die heimlich oder offen von der Diktatur geträumt haben. Jetzt machen das in aller Öffentlichkeit gewählte Parlamentarier, die, von Steuergeld bezahlt, hier im Hohen Haus sitzen und ihr Privileg nicht für das Gemeinwohl, nicht für die Menschen, nicht für Lösungen einsetzen, sondern die sich Gedanken machen, wie sie das Parlament als Institution und die Demokratie als Ganzes angreifen können.

Lasst uns das nicht hinnehmen, sondern spätestens jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, aufzustehen und die Stimme zu erheben. Der Freiburger Fußballtrainer Christian

Streich hat stellvertretend für ganz viele gesagt: "Wer jetzt nicht aufsteht, der hat nichts verstanden."

Der heutige Dringlichkeitsantrag von CSU, FREIEN WÄHLERN, GRÜNEN und SPD für die Demokratie, gegen rechte Umtriebe ist ein klares Zeichen des Schulterchlusses. So uneins, wie wir uns inhaltlich oft auch mal sind, so geeint sind wir in der Wertschätzung dafür, in einer Demokratie leben, arbeiten und debattieren zu können, in den Farben getrennt, in der Sache vereint. Werte demokratische Kolleginnen und Kollegen, herzlichen Dank dafür! Es war höchste Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wehret den Anfängen! – Sind wir noch am Anfang? Ich denke, nicht. Die Lage ist ernst, die AfD ist brandgefährlich. Deren ständiger Tabubruch und die immer weiteren Eskalationen sind längst Stilmittel geworden. Die Delegitimierung des Parlaments ist ja nur ein Baustein. Die unabhängige Presse wird als Lügenpresse diffamiert und über die sozialen Netzwerke durch agitierende Propaganda zu ersetzen versucht. Die Justiz wird als korrupt dargestellt, die Wissenschaft attackiert. Die demokratischen Parteien werden als Altparteien diffamiert. Alles, was den Menschen Vertrauen gibt, was im Staat Halt gibt, wird systematisch madiggemacht.

Genährt von der Unsicherheit, von der Angst und vom Schüren von Vorurteilen war diese Strategie in den letzten Jahren durchaus erfolgreich. Es ist ja auch viel einfacher; Buhrufe sind lauter als Applaus. Wehret den Anfängen! Wir sind nicht mehr am Anfang. Es ist fünf vor zwölf, und es ist daher notwendig, dass sich die Mitte der Gesellschaft in allen Lebensbereichen äußert; kein Schweigen mehr, kein Beschönigen als Protestpartei oder Ähnliches.

Diese Partei ist durchsetzt mit Rechtsradikalen in Führungspositionen, mit einem Faschisten wie Höcke. Da gibt es keine Relativierung. Da gibt es auch keine Entschuldigung. "Ausländer-raus"-Rufe, die Causa Halemba, Schwadronieren vom Ermächti-

gungsgesetz usw. In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen ist die Partei bereits als gesichert rechtsextrem eingestuft,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

und ich frage mich: Was muss eigentlich bei der bayerischen AfD noch passieren, um diese Einstufung auch bei uns vorzunehmen?

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Mehr Prozenzte!)

Für mein Empfinden sind die roten Linien weit überschritten. Ich sage auch jenen Menschen, die glauben, ihnen bleibe im Moment bei einer Wahl nur die AfD: Wissen Sie was? Jede der sogenannten Altparteien ist für unser Land besser als eine Nazi-Partei. – Das muss jeder wissen, wenn er in der Wahlkabine sein Kreuz macht.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

2024,

(Christoph Maier (AfD): Linksfaschisten!)

ein richtungsweisendes Jahr für unser Land: Am 9. Juni entscheiden wir in freien, geheimen und gleichen Wahlen über die Zukunft Europas. Im Herbst stehen Landtagswahlen an, unter anderem in unseren Nachbarbundesländern Thüringen und Sachsen. Die Umfragen bereiten Sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Viele Menschen in Bayern haben einen direkten Bezug nach Thüringen und nach Sachsen, in diese wundervollen Bundesländer.

(Christoph Maier (AfD): Wir auch!)

Viele haben da Familie, Freunde, Bekannte. Ich möchte es ganz deutlich sagen: Natürlich ist es großartig, wenn Hunderttausende in Bayern auf die Straße gehen; aber

ich möchte ganz besonders Danke sagen den Menschen in Weimar, in Jena, in Erfurt, in Dresden, aber inzwischen auch in Görlitz, in Freiberg, in Zittau, die unter ganz anderen politischen Rahmenbedingungen aufstehen und sich für die Demokratie und für die Menschlichkeit einsetzen. Danke für Ihr Engagement! Wir sind ein Deutschland, und wir werden gemeinsam in einem starken Europa die Zukunft mit der Demokratie und nicht mit dem Rückfall in die Diktatur gestalten, in Bayern, in Thüringen, in Sachsen, in ganz Europa.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD –
Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

Die Menschen stehen auf. Die breite Mitte zeigt, dass sie da ist, wenn es wichtig wird. Das tut gut. Vorher hat es sich fast ein bisschen ohnmächtig angefühlt. Die Krisen – Corona, Klima, Energie, Krieg, Inflation, Haushaltslage im Bund – haben uns alle ein Stück verunsichert. Vieles ist schwierig, negativ, anstrengend. Gleichzeitig legt die AfD in Umfragen zu, und es kam kaum Gegenwehr aus der Breite der Zivilgesellschaft – bis jetzt. Die bekannt gewordenen Deportationspläne der AfD und ihrer Unterstützer

(Widerspruch bei der AfD)

für Millionen von Menschen zeigen den Ernst der Lage.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das sind Ihre Gedanken!)

– Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass Sie es nicht tun würden, wenn Sie es tun könnten. Was erwartet uns denn sonst bei dieser AfD? – Ein Dexit, ein Ausstieg aus Europa, der Millionen von Arbeitsplätzen gefährdet. Bertram Brossardt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sagt heute: Unser erfolgreiches Wirtschaftsmodell, unser Wohlstand wird durch dieses nationalstaatliche, undemokratische Denken gefährdet.

(Widerspruch des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

Meine Damen und Herren, wollen Sie Ihren Arbeitsplatz gefährden? – Sie tun das, wenn Sie AfD wählen. Sind Sie Ausländer? Haben Sie einen Migrationshintergrund? Haben Sie einmal jemanden mit Migrationshintergrund geholfen? Sind Sie ein anständiger Mensch, der sich für Humanität und Demokratie einsetzt? – Sie sind das. Sie könnten deportiert werden, und Sie kennen garantiert Menschen, die deportiert würden, wenn es nach diesen Gedanken ginge.

(Anhaltender Widerspruch bei der AfD)

Kennen Sie Menschen mit einer Behinderung? – Sie würden ausgegrenzt, wenn die AfD könnte, wie sie wollte. Das ist der Ernst der Lage. Das muss jeder und jede in diesem Land wissen, der sich überlegt, hier ein Kreuz zu machen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wie reagieren wir als Politik, im Parlament und auch außerhalb davon? – Zum einen ist eine Lehre der Weimarer Republik, dass der Demokratie die eigene Toleranz zum Verhängnis werden kann. Sie ist deshalb wehrhaft und muss es auch sein, wenn sie angegriffen wird: Keine Toleranz den Intoleranten!

Ein Verbot der AfD wird kontrovers diskutiert.

(Christoph Maier (AfD): Das der GRÜNEN auch!)

– Die juristischen Hürden eines Parteiverbots sind hoch, die Erfolgsaussichten ungewiss. Sicherlich lässt sich ein Gedankengut nicht verbieten. Die Mütter und Väter der deutschen Verfassung haben uns dieses scharfe Schwert an die Hand gegeben, um es einzusetzen, wenn es notwendig ist. Man soll es nicht leichtfertig machen, man soll es nicht überstürzt angehen, allerdings auch nicht aus Angst zurückschrecken.

(Widerspruch des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

– Denn: Wenn man Verfassungsfeinde zu spät in die Schranken weist, dann kann es zu spät sein.

Meine Damen und Herren, ich bin daher dafür, dass man ein AfD-Verbot zumindest ernsthaft prüfen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein milderes Mittel als das Parteiverbot wäre der Entzug der Parteienfinanzierung analog zum gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts. In der Tat ist es absurd, dass die Demokratie Verfassungsfeinde, sogar gesichert rechtsextreme Landesverbände, finanziert. Das muss man auch juristisch sauber aufarbeiten, um Verfassungsfeinden die Finanzierungsgrundlage zu entziehen.

(Widerspruch bei der AfD)

Und doch: All das wird nicht reichen, wenn es uns nicht gelingt, Respekt und Vertrauen in den Staat und in die demokratischen Parteien zurückzugewinnen. Wir müssen inhaltlich und kommunikativ besser werden. Die Welt ändert sich, und die Politik kann nicht bleiben, wie sie ist, wenn wir unseren Wohlstand sichern, die Lebensgrundlagen erhalten und das soziale Miteinander gestalten wollen. Das geht nicht einfach so weiter, sondern es braucht Veränderung.

Dieser Prozess führt zu Streit, den wir nach sehr ruhigen Jahren der Ära Merkel vielleicht auch nicht mehr so gewohnt sind. Streit gehört genauso zur Demokratie wie der Kompromiss. Solange der Streit leidenschaftlich, aber nicht diffamierend geführt wird, solange es im Kern um die Sache, um die Menschen, und nicht um partei- und machtpolitische Interessen geht, ist der Streit notwendig und tut uns gut.

Eine Regierung macht Fehler, wie der Mensch Fehler macht. Die Aufgabe der Opposition ist die Kontrolle und der bessere Vorschlag.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Manche lernen aber aus Fehlern nicht!)

– Nach meiner Einschätzung arbeiten der Bundestag und die Bundesregierung ein enormes Pensum an Ideen, Vorschlägen und Veränderungen ab,

(Lachen bei der AfD)

und sie machen viel Sinnvolles, wenngleich es auch nicht immer den Weg in die ganz große Öffentlichkeit findet. Ja, die Regierung, unsere Regierung, macht Fehler.

(Zuruf von der AfD: Sie ist ein Fehler!)

– So ehrlich und selbstkritisch müssen wir sein, und das sind wir auch. Jeden Tag wird daran gearbeitet, dass es besser wird und dass es wieder besser gemacht wird. Gleichzeitig erfordert auch die Oppositionsarbeit Verantwortung in Inhalt und Stil. Das beginnt bei der Spitze der Opposition gegen die Bundesregierung, also beim Herrn Ministerpräsidenten. Der Wahlkampf ist vorbei, und es wäre an der Zeit, die Tonalität wieder anzupassen. Der Feind des Parlaments sitzt hier rechts und nirgendwo sonst.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Nein, links!)

Herr Kollege Streibl, Sie sprechen gleich noch nach mir. Ich wollte Ihnen sagen: Mir haben Ihre Ausführungen in den letzten Tagen gut gefallen, auch deswegen, weil sie sich deutlich vom Stil Ihres Bundesvorsitzenden unterscheiden.

(Lachen bei der AfD)

Ich würde Sie einfach bitten, einmal mit Hubert Aiwanger zu sprechen und die letzten Monate zu reflektieren, von den Entgleisungen in Erding bis hin zu den jüngsten Äußerungen, dass der politische Mitbewerber, weil er eine andere Meinung hat, psychisch krank sei; und dann der Spott über die aktuellen Demonstrationen für Demokratie! Ich glaube, so sind die FREIEN WÄHLER eigentlich nicht.

(Zuruf von der AfD: Ach so!)

– Ich kenne sie jedenfalls aus der Kommunalpolitik mit einem anderen Stil. Dem Ansehen Bayerns und, ich glaube, auch der Bayerischen Staatsregierung würde es guttun, den Ton wieder zu mäßigen und zu einem konstruktiven Miteinander zurückzukommen.

Herr Streibl, wenn ich es sage, dann hat es nicht so viel Wirkung. Ich setze auf Ihre Autorität. Danke, dass Sie das Gespräch suchen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Inhaltlich glaube ich schon auch, dass wir uns auch in Bayern noch mehr engagieren müssen, indem wir Vielfalt stärken, indem wir uns engagieren im Einsatz gegen falsche Fakten und Verschwörungsmymen, indem wir auch die politische Bildung noch aktiver angehen. Demokratie muss erlernt werden. Schauen Sie sich die Ergebnisse der U18-Wahlen an!

(Beifall bei der AfD)

– Da wissen wir, dass wir was zu tun haben. Eine starke Gesellschaft braucht gute Rahmenbedingungen, gerade auch für das Ehrenamt in Bayern, das unser Land in grandioser Weise zusammenhält und bereichert. Wir sind da gut, wir machen da viel. Ich glaube, wir können da noch mehr tun und noch mehr entlasten. Es gilt, die Medienkompetenz zu stärken und mehr Demokratie zu wagen, beispielsweise durch Herabsetzung des Wahlalters und durch flächendeckende Jugendparlamente oder Ähnliches. Das sind alles Themen, zu denen wir sicherlich wieder in der Sache streiten werden, aber im Stil und im Respekt hoffentlich beieinander sind.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, einmal zu demonstrieren, ist gut, aber das wird nicht reichen. Der Geist des Hasses ist aus der Flasche, und so schnell fängt den niemand mehr ein. Die Politik wird es nicht alleine richten. Wir brauchen Sie. Wir brauchen Sie als Arbeitgeber:innen und als Arbeitnehmer:innen, bei den Familientreffen, im Freun-

deskreis, am Stammtisch, im Verein, in den Verwaltungen, in den Rettungsorganisationen. Wir brauchen uns alle.

Ich danke Ihnen stellvertretend für meine Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und als Bürger dieses Landes für die vielen spür- und sichtbaren Zeichen auf den Straßen. Das macht Hoffnung und Mut. Ich bitte Sie: Bleiben Sie, bleiben wir aufmerksam! Sprechen Sie es an, wenn Sie etwas Demokratie- und Menschenfeindliches mitbekommen! Klären Sie darüber auf, dass die Demokratie und unsere freie Gesellschaft von unseren Vorfahren in einem unglaublich schmerzhaften Prozess errungen wurden und es unsere gemeinsame Aufgabe ist, die Demokratie zu schützen, zu stärken und immer weiter zu verbessern! Wehret den Anfängen! Wir sind mittendrin.

Es ist wichtig, dass wir offen miteinander reden und nicht nur übereinander. So wie der Mensch die Macht hat, seine Welt zu zerstören, so hat er auch die Macht, sie zu einem besseren Ort für uns alle zu machen. Wir haben es selbst in der Hand. Jede Zeit hat ihre Aufgaben. Die Aufgabe unserer Zeit ist es, eine krisenfeste Gesellschaft demokratisch und nachhaltig zu gestalten.

Um Krisen zu meistern, brauchen wir Zusammenhalt – den Zusammenhalt auf Basis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, der Demokratie und der Würde des Menschen. – Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Fraktionsvorsitzende Florian Streibl von den FREIEN WÄHLERN. Bitte.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sie von der AfD müssten sich hier in diesem Haus mal selber erleben.

(Zurufe von der AfD)

Was Sie für eine Pöbelgruppe sind! Ihr habt kein Benehmen, keinen Anstand, nichts!

(Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Ich bin froh, dass wir heute diesen gemeinsamen Antrag haben. Dieses Verhalten macht es wieder mal deutlich, dass die Zeit gekommen ist,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

in der wir als aufrechte Demokraten

(Zurufe von der AfD: Oje!)

zusammenstehen, zusammenrücken und diesen Pöblern die Stirn bieten und sie entzaubern müssen.

Meine Damen und Herren, diese Rede von Herrn Hahn und das Verhalten von Herrn Böhm vorhin machen mir ganz deutlich: Ich bin froh und glücklich, dass ich am Sonntag mit Hunderttausend hier in München zum Demonstrieren gegangen bin; dass wir hier ein Bekenntnis abgelegt haben, dass wir eine solche Politik in unserem Freistaat, in unserer Bundesrepublik Deutschland nicht wollen; dass wir eine freie Demokratie sind und nicht von Pöblern regiert werden wollen. Sie haben hier eigentlich nichts verloren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, Bayern ist ein Bundesland mit einer stolzen Tradition und einem kulturellen Erbe. Die Basis unseres Freistaates ist eine freiheitliche demokratische Grundordnung und eine Verfassung, auf die wir zu Recht stolz sein können; eine Verfassung, die auf dem Trümmerfeld, das der nationalsozialistische Terror und ein grausamer Krieg hinterlassen haben, geboren wurde; eine Verfassung, die uns mahnt, was mit einer Gesellschaft passiert, die ohne Gott ist, was mit einem Staat und mit einer Gesellschaft passiert, die die Würde des Menschen missachten, was mit einem Staat und mit einer Gesellschaft passiert, die kein Gewissen haben.

Meine Damen und Herren, wir als gewählte Vertreter des bayerischen Volkes – jeder Einzelne von uns – tragen hierfür eine ganz besondere Verantwortung bzw. sollten sie tragen, sofern Sie dazu überhaupt in der Lage sind. Meine Damen und Herren, wir haben nämlich die Werte und unsere Verfassung zu beschützen. Jeder von uns ist verpflichtet, seine Rolle mit Verantwortungsbewusstsein und mit ständigem Streben nach dem Wohl des Landes und der Bevölkerung auszufüllen; denn durch unsere Arbeit hier im Parlament prägen wir nicht nur das politische Geschehen, sondern beeinflussen auch maßgeblich das tägliche Leben der Menschen in unserer Heimat, in unserem Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, die AfD gaukelt den Menschen in unserem Land schon seit Jahren vor, eine Alternative zu sein, eine Alternative für Deutschland, eine Alternative für unsere Heimat zu sein.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Für Bayern auch!)

In Wirklichkeit sind Sie aber fadenscheinig und geben nur vor, die Probleme der Bürgerinnen und Bürger hier lösen zu wollen. Sie tun das aber nicht; denn jetzt – durch Ihr Verhalten in den letzten Wochen und Tagen – fällt Ihre Maske immer mehr. Sie geben zu erkennen – auch durch Ihre Beiträge jetzt gerade –, dass Sie nicht einmal mehr gewillt sind, die Maske des Biedermeiers zu tragen. Sie sind nicht mehr gewillt, überhaupt bürgerlich zu wirken;

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Aber Sie mit Ihrer Fäkalsprache im Plenum!)

denn was unter dieser Maske hervorkommt, meine Damen und Herren, ist die Fratze längst vergangener Zeiten, die wir hier eigentlich nicht mehr sehen wollen. Das, was Sie betreiben, ist Demagogie pur. Sie wollen Ihrer Verantwortung im Parlament gar nicht gerecht werden. Sie sind ja an einem konstruktiven Miteinander gar nicht interessiert.

Ich habe den Eindruck – und ich glaube, er täuscht nicht –, dass Sie dieses Haus hier auch verachten; vor allem Sie, Herr Böhm, wenn Sie sagen, dass man den übrigen Parlamentariern den Nackenschlag geben solle. – Wenn das nicht Verachtung und Menschenfeindlichkeit ist, wenn das kein Angriff auf dieses Haus ist, dann weiß ich nicht mehr, was das sein soll. Sie sollten sich schämen!

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Sie geben es ja auch immer mehr zu, dass Sie gar nicht Teil unseres freiheitlichen demokratischen Systems sein wollen; dass Sie gar nicht Teil dieses Parlamentes hier sein wollen. Sie wollen etwas ganz anderes sein: Sie sehen sich in Wirklichkeit als Alternative zu unserem Freistaat, als Alternative zu unserer demokratischen Grundordnung. Sie sind die Alternative zu unserer Freiheit, zu unserem Rechtsstaat! Sie sind die Alternative zum Grundsatz "Leben und leben lassen"; denn das, was Sie immer verkünden, hat mit "Leben und leben lassen" nichts zu tun. Wenn man Menschen massenweise deportieren möchte, wenn man seinen Kollegen hier im Haus den Nackenschlag versetzen möchte, dann hat das nichts mit "Leben und leben lassen" zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Denn gerade diese kruden Fantasien, die Sie hier immer wieder bringen – –

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Das ist Ihre Fantasie! Das war Ihre schlimme Fantasie!)

– Sie benehmen sich doch genau so, wie man es von Ihnen mittlerweile erwartet, weil man es kennt: Sie sind die Pöbler! Sie sind die, die kein Benehmen haben! Sie sind die, die dazwischenschreien! Sie sind die, die an den falschen Stellen lachen! Sie sind die Narren hier im Haus, Sie sind aber nur die Rechtsaußennarren – und das ist das Schlimmste!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Zuerufe von der AfD)

Gerade diese Fantasien zeigen doch immer wieder, wes Geistes Kind Sie sind. Potsdam ist das Menetekel an der Wand, das die Menschen in Deutschland aufgeschreckt und aufgeweckt hat, das ihnen klargemacht hat, dass das, was Sie vertreten,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Eine Medienkampagne ist das!)

nicht das ist, was wir im Land brauchen oder gar wollen, meine Damen und Herren. Sie sind diejenigen, denen wir entgentreten müssen, gegen die wir unsere Freiheit, unseren Wohlstand, unseren Frieden und unsere Sicherheit verteidigen müssen! Sie sind die, die die Grundfesten dieses Gemeinwesens erschüttern. Meine Damen und Herren, eines muss jeder wissen, der Sie wählt: dass er mit Ihnen den Untergang Deutschlands wählt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, gerade auch das ganze Spektakel um den Kollegen Halembe in Ihren Reihen zeigt doch eigentlich, dass Sie wenig verstanden haben und wie viel Wert Sie auf unsere Verfassung legen. Selbst der Bundesvorstand Ihrer Partei hat Ihnen etwas mit auf den Weg gegeben; Sie wischen das so nonchalant zur Seite. Das heißt, Sie sind sich ja nicht mal innerhalb Ihrer Gruppierung einig; da wissen Sie auch nicht, was Sie wollen. Sie spalten sich immer mehr ab, hinein in eine Ecke, die wir eben nicht brauchen, meine Damen und Herren.

Ich kann Ihre Gruppierung nur auffordern: Kehren Sie um! Werden Sie vernünftig! Arbeiten Sie am Wohl und am Gemeinwesen unseres Staates mit! Machen Sie sich nicht mit denen gemein, die den Untergang herbeisehnen!

Noch schlimmer ist, dass man dann auch noch versucht, aus diesen Vorgängen um Herrn Halembe politisches Kapital zu schlagen, indem man hier Inszenierungen veranstalten will, um dieses Haus, um die Präsidentin dieses Hauses vorzuführen und

ihnen die Legitimität abzusprechen. Meine Damen und Herren, das ist ein Frontalangriff auf uns alle hier, aber nicht nur auf uns alle hier im Haus, sondern auch auf jede Bürgerin, jeden Bürger und jedes Kind in diesem Land, die an unser Land und an unseren Freistaat glauben, sich hier wohlfühlen und in diesem Freistaat in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben möchten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Sie haben Grenzen überschritten, nicht nur die Grenzen des Anstands. Sie machen auch keinen Hehl daraus. Auch den Landwirten streuen Sie Sand in die Augen. Sie wollen doch die Subventionen abschaffen. Da geht es nicht nur um ein bisschen Agardiesel. Sie wollen hier ein ganz anderes System schaffen.

(Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Das ist die Wahrheit!)

Sie wollen die freie Presse abschaffen und unterminieren, damit es bloß keinen gibt, der Ihnen den Spiegel vorhalten kann. Sie wollen die NATO abschaffen, wodurch wir schutzlos wären.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Fantasien!)

Sie wollen aus der EU austreten, damit wir keinen wirtschaftlichen Raum mehr haben, in dem wir arbeiten können.

(Zurufe von der AfD)

Sie legen die Axt an die Wurzel von Frieden, Freiheit und Wohlstand. Das muss jeder wissen: Wenn das Deutschland kommt, das Sie wollen, dann –

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Dann wird es wieder besser! – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Dann?)

– nein, dann geht es nicht besser – ist es das Ende von vielen glücklichen Familien.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Die AfD gibt es, weil Sie versagt haben! Nur deswegen sind wir hier!)

Dann kommt wieder das Unglück über jeden Einzelnen von uns. Dann wird es wieder Familien geben, in denen man um Angehörige trauern wird, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

– Wissen Sie: Dumm daherreden ist leicht. Das können Sie prima, das wissen wir schon. Darum brauchen Sie es nicht mehr zu sagen.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Und Sie haben immer wieder die gleichen Themen.

(Zuruf von der AfD: Sie doch auch!)

Aber etwas Konstruktives haben Sie in diesem Haus in den letzten fünf Jahren kein einziges Mal zuwege gebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Widerspruch bei der AfD)

Dann noch die Unverfrorenheit, dass Sie uns, die wir heute geschlossen dastehen – – Diese Geschlossenheit halte ich für eine Sternstunde dieses Hauses.

(Lachen bei der AfD)

– Jetzt lacht er wieder, der Narr!

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ihr werdet halt nicht gescheiter.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Ihr auch nicht! Irgendwann ist es vorbei!)

Normalerweise gesteht man menschlichen Wesen Fortschritt zu. Ihr schafft es nicht. Aber ihr nennt uns Altparteien. Aber wenn man euch anschaut, eure Ideen und eure Methoden, sieht man: Ihr seid eine alte Partei, die vor achtzig Jahren regiert hat.

(Christoph Maier (AfD): Das ist hier keine Narrensitzung!)

– Nein? – Meine Damen und Herren, wer mit seinem Gedankengut 1945 stehen geblieben ist, dem braucht man nicht zu vertrauen. Zum Glück haben wir, der Rest dieses Hauses, aus der Vergangenheit gelernt. Ich weiß nicht, wie Sie sich da jetzt fühlen. Ich weiß auch nicht, wie man überhaupt so wird, wie Sie sind. Denn wir schreiben das Jahr 2024.

(Martin Böhm (AfD): Durch gute Erziehung und vor allem Bildung!)

– Gute Erziehung und Bildung scheinen bei Ihnen fehl am Platz zu sein, weil Sie sich hier nicht gut erzogen benehmen! Sie sind nicht einmal mit der Rakete durch die Kinderstube geflogen. Sie sind noch nicht einmal in der guten Kinderstube drin gewesen. Ich weiß nicht, wo Sie aufgewachsen sind. Bildung kann es auch nicht sein, sonst wüssten Sie um die Geschichte unseres Landes und hätten daraus gelernt. Aber Sie sind so weit, diese Geschichte wiederholen zu wollen.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schwachsinn!)

Das wollen wir eben nicht. Deswegen sind wir angetreten als wehrhafte Demokratie, die den Feinden der Demokratie und der offenen Gesellschaft entgegensteht. Das müssen Sie wissen: Da halten wir alle zusammen, weil wir uns das nicht kaputt machen lassen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der SPD)

Wir lassen uns nicht kaputt machen, was unsere Großeltern und Eltern aufgebaut haben, ein Land des Wirtschaftswunders.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Einen ganzen Amigo-Staat, den Sie aufgebaut haben!)

– Ach geh! Schämen Sie sich! Aber Sie können sich gar nicht schämen, weil Sie so ein Gefühl überhaupt nicht kennen. Sie sind eiskalt in Ihren Handlungen und in Ihrem Tun und haben die Menschen aus dem Blick verloren.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Da täuschen Sie sich!)

– Nein!

(Zurufe von der AfD)

So was kennen Sie nicht. Sie sind getrieben von Hass und Menschenverachtung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Deswegen sage ich Ihnen allen: Keine Toleranz der Intoleranz! Ein 1933 darf es nicht mehr geben und wird es mit uns nicht mehr geben; denn "nie wieder" ist jetzt, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): So ein Schwachsinn!)

Keine Zwischenbemerkung?

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn von der SPD-Fraktion.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist schon ein einmaliger Vorgang in der Geschichte unserer Demokratie und des Freistaats nach 1945, dass ein neu gewählter Landtagsabgeordneter unter dem Verdacht unter anderem der Volksverhetzung verhaftet wird. Noch schlimmer ist allerdings der Plan, diese

Verhaftung hier im Landtag dann öffentlich zu inszenieren, um die Landtagspräsidentin zu beschädigen. Dieses ganze Vorgehen zeigt doch: In der AfD sitzen die Demokratie-Gefährder, die unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat beseitigen wollen!

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber das sind auch Menschenfeinde wie ihre geistig-ideologischen Vorgänger. Das zeigen die furchtbaren Vertreibungspläne gegen Menschen mit Migrationsgeschichte, die vor Kurzem enthüllt worden sind.

(Zuruf von der AfD: Lüge!)

Ich sage es an dieser Stelle noch mal. Es gibt nur eine Schlussfolgerung: Die, die sich "AfD" nennen, sind in Wahrheit die neuen Nazis!

(Beifall bei der SPD, der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Widerspruch bei der AfD)

Die Demonstrationen in Deutschland mit über einer Million Menschen in den vergangenen Tagen, manche sagen sogar 1,5 Millionen, die Demonstrationen der letzten Tage in Bayern mit Hunderttausenden von Menschen zeigen: Die Menschen in Deutschland haben das erkannt. In München zum Beispiel: 250.000 Demokratinnen und Demokraten,

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Die Zahlen sind nach oben gesetzt!)

von der Feldherrenhalle bis zum Siegestor und in allen Nebenstraßen.

(Zurufe von der AfD)

Diese Menschen haben erkannt: Gegen diese Feinde der Demokratie und der Verfassung stehen wir alle gemeinsam auf und zusammen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir als SPD-Fraktion hier im Landtag stellen uns aus voller Überzeugung hinter Sie, Frau Landtagspräsidentin! Wir stehen auf der Straße gegen Nazis und Verfassungsfeinde,

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Bald nur noch auf der Straße, weil im Parlament ist es bald vorbei mit der SPD!)

gerne Schulter an Schulter mit allen Demokratinnen und Demokraten, egal ob verantwortungsbewusste Konservative, Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, freiheitsliebende Liberale oder demokratische Linke. Wir gehen mit ihnen gemeinsam auf die Straße. Aber ich will an der Stelle schon auch sagen: Wer Gemeinsamkeiten der Demokratinnen und Demokraten kritisiert oder in Abrede stellt, der hat nicht ganz verstanden, worum es geht.

Eigentlich haben wir dieses Jahr Grund zum Feiern: 75 Jahre Grundgesetz und 75 Jahre Bundesrepublik Deutschland. Das sind 75 Jahre Freiheit, Menschenrechte und soziale Demokratie in Deutschland. Das ist ein Grund, stolz zu sein; denn wir haben der Welt nach dem Naziterror, nach den unglaublichen Verbrechen von Auschwitz und nach den Schrecken des Zweiten Weltkriegs gezeigt: Die Deutschen können Demokratie und Frieden. Diese Demokratie, die 75 Jahre alt wird, ist ein Erfolgsmodell. Wir haben aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs und der Naziverbrechen einen erfolgreichen Staat aufgebaut mit Stabilität, Wohlstand und sozialer Sicherheit.

Aber 2024 birgt auch Gefahren: Im September die Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen, im Juni eine Europawahl mit einer Gefahr durch extreme Rechte – durch AfD & Co., durch Rechtsextreme wie Frau Weidel und Herrn Höcke –, die Europa zerstören wollen. Wir müssen in diesen Monaten eines klarmachen: Wer Rechtsextremisten wählt, der wählt Arbeitslosigkeit und hohe Preise, siehe Brexit.

(Lachen bei der AfD)

Großbritannien ist das warnende Beispiel.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Der Brexit kostet die Menschen in Großbritannien jedes Jahr 160 Milliarden Euro. Sieben Jahre nach dieser Fehlentscheidung wünschen sich 60 % der Menschen die EU zurück. Daraus folgt doch eines: Wer Rechtsextremisten wählt, der wählt nicht nur die Demokratie ab, sondern auch den Wohlstand, den Klimaschutz und die soziale Sicherheit.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Gerade ist der schlimme Plan ans Tageslicht gekommen, den sich AfD-Politiker zusammen mit anderen Nazis zu ihrer Machtergreifung ausgedacht haben. Sie wollen millionenfach Menschen abschieben und deportieren, und zwar nicht nur solche mit Migrationsgeschichte, sondern auch Deutsche, die ihnen nicht passen!

(Zuruf von der AfD: Lügen!)

Das betrifft den Kollegen aus der Türkei im Betrieb, den Wirt aus Vietnam im Ort, die Pflegekraft aus Bosnien oder Marokko in unseren Pflegeheimen, den rumänischen Arzt im Krankenhaus.

Für solche Pläne gibt es historische Beispiele, die alle schlimm geendet haben. Deswegen ist es so wichtig, dass alle aufrechten Demokratinnen und Demokraten jetzt für unsere Verfassung einstehen und aufstehen gegen diese Extremisten.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Allen muss klar sein: Wer diese Extremisten wählt, wählt die Totengräber Deutschlands und Europas. Sie sind keine Alternative für Deutschland. Sie sind eine Schande und eine Gefahr für unser Land.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Richtig!)

Wir müssen klarmachen, was die Rechtsextremisten und Nazis wollen. Sie wollen Menschen ausgrenzen. Sie wollen die Pressefreiheit einschränken. Sie wollen die Unabhängigkeit der Gerichte untergraben. Sie wollen den Verfassungsschutz abschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Wahrscheinlich wollen sie ihn nicht abschaffen, sondern umdrehen; dann ist er kein Verfassungsschutz mehr, sondern eine neue Gestapo.

(Zuruf des Abgeordneten Ferdinand Mang (AfD))

Sie wollen mit dem Rundfunk das machen, was wir schon in anderen Ländern sehen können. Sie wollen ihn zum Propagandainstrument umbauen.

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Also wirklich!)

Sie wollen die Gleichberechtigung der Frauen zurückdrehen, und Sie wollen den Sozialstaat abbauen, indem Sie zum Beispiel die Renten drastisch kürzen.

Bertold Brechts Lied "Kälbermarsch" ist aktueller denn je:

"Sie tragen ein Kreuz voran

Auf blutroten Flaggen

Das hat für den armen Mann

Einen großen Haken."

Wer sich anschauen will, wohin das alles führt, der kann nach Ungarn schauen und auch nach Russland, weil die AfD enge Beziehungen nach Russland unterhält. Russland, Putin, unterstützt Rechtsextreme in Deutschland. Wo die AfD ist, da sitzt auch Putin mit am Tisch. Auch das müssen wir ganz deutlich machen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Wir müssen aus der Geschichte lernen. Aus der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre wissen wir: Damals wurde die Wirtschaft kaputt gespart. Sie brach zusammen, und die Arbeitslosigkeit explodierte. In der Weimarer Republik haben Arbeitslose oft Kommunisten gewählt. Diejenigen, die Angst vor dem Abstieg hatten, haben Nazis gewählt. So wurden Nazis und Kommunisten immer stärker, und die Demokratie wurde immer schwächer. Deswegen brauchen wir eine starke Wirtschaft und einen guten Sozialstaat als festes Fundament unserer Demokratie.

(Zuruf von der AfD)

Meine Urgroßtante Toni Pfülf war Reichstagsabgeordnete der SPD. Sie hat wie ihre Kolleginnen und Kollegen der SPD 1933 unter persönlicher Bedrohung und persönlicher Gefahr gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz und gegen die Zerstörung der Demokratie gestimmt. Sie hat sich im Juni 1933 für den Freitod entschieden. In ihrem Abschiedsbrief hat sie geschrieben:

"Dass ihr alle zusammen [...] nicht versucht habt, auf jede Gefahr hin Widerstand zu leisten, das kann ich nicht ertragen."

Sie hat damals vor allem die SPD und die Gewerkschaften angesprochen, weil die zeitgenössischen konservativen Parteien das damals nicht mitgetragen haben. Heute ist das anders. Es ist gut, dass wir das heute gemeinsam machen; denn viele aufrechte Demokratinnen und Demokraten sind der beste Verfassungsschutz, den wir überhaupt haben können.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

2024 wird eine Bewährungsprobe für uns alle. Wir müssen die Demokratie in Deutschland und in Europa verteidigen. Das geht nur mit Verantwortung und Zusammenhalt. Das geht nur gemeinsam. Deswegen bin ich froh, dass wir denen da rechts außen gemeinsam die Stirn bieten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Ingo Hahn. – Herr Hahn, bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege von Brunn von der SPD, wir von der AfD-Fraktion haben hier im Parlament fünf Jahre lang die Defizite der FDP beschrieben. Die Bürger haben sie dann im letzten Oktober erfolgreich aus diesem Parlament gejagt.

(Beifall bei der AfD)

Ja, das kann man gut finden. Aber Ihre 7-%-Partei – die SPD ist in Bayern bei 7 % angekommen – steht als Teil der Ampel-Abrisstruppe als Nächste auf dem Zettel. Indem Sie hier heute mit dieser Hetze gegen uns, die bayerischen Oppositionsführer, den Ton verschärfen, machen Sie die Situation für sich selber überhaupt nicht besser, sondern Sie machen die Sache eigentlich schlechter; denn Sie verleugnen das, was der tüchtige Bürger nämlich eigentlich gar nicht haben will.

(Zuruf der Abgeordneten Gabriele Triebel (GRÜNE))

Organisieren Sie Ihre Möbelpacker für den November 2028 rechtzeitig. Das rate ich Ihnen; denn das sind alles fleißige Jungs, Menschen, die hart arbeiten und deswegen die AfD wählen.

(Beifall bei der AfD)

Florian von Brunn (SPD): Herr Hahn, ich kann das nicht ernst nehmen; aber ich kann Ihnen meinerseits eines raten. Wir werden jetzt alle Instrumente der wehrhaften Demokratie auspacken. Vielleicht sollten Sie sich dann gute Rechtsanwälte suchen.

(Zurufe von der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Richard Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man jetzt, nach den vorangegangenen Reden, eines konstatieren kann, dann muss man sagen: Man muss Sie eigentlich nur reden lassen; denn Sie disqualifizieren sich selbst.

(Beifall bei der AfD – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Das machen Sie doch selber! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Meine Damen und Herren, Deutschland befindet sich in der tiefsten Krise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das kann man mit Fug und Recht feststellen. Genau genommen ist es nicht nur eine Krise, die unser Land erschüttert; es ist vielmehr die geballte Konvergenz verschiedener Krisenentwicklungen: Wirtschaftskrise, Energiekrise, Wohnungskrise, Bildungskrise und natürlich die "Mutter aller Probleme" – so hat sie Horst Seehofer in einem seiner hellstichtigen Momente einmal erkannt –, nämlich die Migrationskrise.

(Beifall bei der AfD)

Aber anstatt heute ihr Antragsrecht zu nutzen, um über diese tatsächlich drängenden und die Bürger massiv bedrängenden Probleme zu debattieren, so wie wir es mit unserem Antrag gemacht haben,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Lächerlich!)

anstatt diese Chance zu nutzen, beschwört die Altparteienkonstellation lieber einmal mehr den Popanz einer vermeintlichen Gefahr von rechts. Angeblich soll es die AfD sein, welche gezielte Attacken gegen die Demokratie und den gesellschaftlichen Frieden durchführt.

(Klaus Holetschek (CSU): Genau das macht ihr doch!)

Aber Sie verdrehen die Tatsachen. Es ist nicht die AfD, welche die demokratischen Institutionen angreift; vielmehr wollen wir als Rechtsstaatspartei dafür Sorge tragen, dass diese Institutionen nicht von der Beutegemeinschaft der Altparteien zu deren Herrschaftsabsicherung instrumentalisiert und missbraucht werden.

(Beifall bei der AfD – Michael Hofmann (CSU): Sie sind doch diejenigen, die die Menschen aufhetzen, Sie profitieren doch von der Krise!)

Leider haben wir in Bayern eine Landtagspräsidentin, die ihr Amt bei jeder sich bietenden Gelegenheit missbraucht,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das nehmen Sie sofort zurück! – Zuruf von der CSU: Sie Flegel! – Klaus Holetschek (CSU): Warum wird das nicht gerügt? – Weitere Zurufe von der CSU)

um ihrer Abneigung gegenüber der AfD Ausdruck zu verleihen. Ich will hier nur an die Rede beim Festakt zum 75. Jahrestag des Verfassungskonvents von Herrenchiemsee oder ihre Weihnachtsansprache hier im Hohen Haus erinnern.

(Zuruf von der CSU: Ohne Beleg! – Zuruf von der CSU: Nur, weil es Ihnen nicht passt! – Unruhe)

Herr Präsident!

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich bitte für den Redner um Ruhe.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Vielen Dank. Ich habe jetzt zeitweise mein eigenes Wort nicht verstanden.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das schadet nicht! – Unruhe)

– Wenn die AfD-Fraktion wegen jeder Ihrer Entgleisungen einen Dringlichkeitsantrag einbringen würde, kämen wir zu überhaupt keiner Sacharbeit mehr.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sie machen keine Sacharbeit!)

Sie entblöden sich nicht, ein paar lose Überlegungen eines unserer Fraktionsmitglieder, die letztlich keinerlei praktische Konsequenzen nach sich zogen, zu einer Bedrohung der Grundfeste von Demokratie und Rechtsstaat zu stilisieren.

(Zurufe von der CSU)

Wir können das ja auf der Bundesebene und auch hier in Bayern beobachten: In keinem demokratischen Staat der Welt setzt man den Inlandsgeheimdienst auf die Opposition an.

(Klaus Holetschek (CSU): Das ist echt der Hammer! – Tanja Schorer-Dremel

(CSU): Wir haben keinen Inlandsgeheimdienst!)

In keinem anderen demokratischen Staat der Welt debattiert die Regierung das Verbot einer Oppositionspartei.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Nirgendwo sonst gibt es einen Ministerpräsidenten Söder, der den Ausschluss von Mitgliedern einer Oppositionspartei aus dem öffentlichen Dienst fordert.

(Michael Hofmann (CSU): Sie sind keine Opposition! Sie wollen die Verfassung nicht! Sie arbeiten nicht mit!)

Ein Ministerpräsident, der die Opposition zu "Parasiten" entmenschlicht! Herr Kollege Holetschek, ich habe in Ihrer Rede ein Wort immer wieder gehört. Sie haben immer aufgefordert. Ständig haben Sie aufgefordert. Den Kollegen Böhm haben Sie auch aufgefordert.

(Klaus Holetschek (CSU): Herr Böhm hätte sich entschuldigen sollen!)

Fordern Sie doch mal den Herrn Ministerpräsidenten auf, sich für seine Entgleisungen zu entschuldigen!

(Beifall bei der AfD)

Er nennt Mitglieder der AfD "Parasiten"! Was sagen Sie denn dazu? – Sie sagen gar nichts dazu.

(Zurufe von der CSU)

Auch hier im Plenum ist es offenkundig, inzwischen ist es auch aktenkundig: Der Ministerpräsident stellt Falschbehauptungen auf, wie etwa im Fall der angeblichen "Sieg Heil"-Unterschrift unseres Fraktionskollegen Halemba. Die Staatsanwaltschaft hat zwischenzeitlich bestätigt, es handele sich dabei um eine glatte Lüge. Der Ministerpräsident sollte sich für diese Beschuldigung entschuldigen.

(Beifall bei der AfD)

Es ist skandalös, wie viel Skrupellosigkeit und Niedertracht Sie hier an den Tag legen. Das folgende Zitat des griechischen Philosophen Sokrates trifft den Kern des gegenwärtigen Aufstandes der Anständigen sehr gut: "Wenn die Debatte verloren geht, wird die Verleumdung zum Werkzeug des Verlierers." Sokrates war ein Mann des Dialogs. Die Etablierten suchen aber offensichtlich nicht den Dialog, sie suchen die maximale Ausgrenzung.

(Beifall bei der AfD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Mit Verleumdung kennen Sie sich gut aus! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und Sie die maximale Spaltung!)

Als Begründung für dieses zutiefst undemokratische Gebaren bedienen Sie sich der infamen Verleumdungen einer auch mit Steuergeldern gepöppelten Clique von Gesinnungsjournalisten.

(Beifall bei der AfD)

Dieses sogenannte Recherche-Correctiv hat einen völlig normalen und unspektakulären privaten Diskussions- und Vortragsabend in miesester Geheimdienstmanier bespitzelt und belauscht.

(Johannes Becher (GRÜNE): Immer dasselbe! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt wird relativiert!)

Es hat aus völlig legalen und legitimen Forderungen nach Remigration illegaler und krimineller Asylbewerber das Horrorszenario einer angeblichen Wannseekonferenz 2.0 herbeihalluziniert. Dabei waren es doch die Vertreter der Altparteien, die sich im letzten halben Jahr geradewegs in einem Überbietungswettbewerb befanden, was man in Sachen Remigration angeblich alles unternehmen wolle.

(Klaus Holetschek (CSU): Jetzt zeigen Sie Ihr wahres Gesicht!)

Der Herr Bundeskanzler dachte dabei über Abschiebungen "im großen Stil" nach. Mir wurde gerade der "Spiegel International" nachgereicht: "We have to deport people more often and faster."

(Klaus Holetschek (CSU): Das ist etwas anderes als das, was Sie wollen! Sie wollen die Gesellschaft ändern!)

Vertreter von Union und SPD wollten unisono Antisemiten und Islamisten den Pass entziehen, und dies sogar rückwirkend bis zu zehn Jahren, wenn es nach Frau Faeser gegangen wäre. Die gleiche Frau Faeser brachte ins Gespräch, Mitglieder krimineller Clans auszuweisen, auch wenn diese noch gar nicht rechtskräftig verurteilt wären. Wo war da die geheuchelte Empörung über Deportationen und millionenfache Vertreibung? – Sie blieb aus; denn den Regierungsparteien ging es lediglich darum, einen Anlass zu finden, um angesichts des immer größer werdenden Zuspruchs für die AfD noch einmal die eigenen Fußtruppen zu mobilisieren,

(Beifall bei der AfD)

jenes letzte Aufgebot aus Mitgliedern der Altparteien und Profiteuren einer durchideologisierten und verkrusteten Politik, die sich in Vorfeldorganisationen, NGOs, sogenannten Demokratieprojekten, Medienhäusern und Kulturbetrieben auf Kosten der hart arbeitenden Bevölkerung gemütlich eingerichtet haben. Diese Leute suchen jetzt, aufgeschreckt durch die kippende Stimmung im Land, ihr Heil in den alten antifaschistischen Austreibungsritualen.

(Beifall bei der AfD – Johannes Becher (GRÜNE): Die würden Sie alle ablösen!
Sie würden sie gleichschalten!)

Es ist beschämend, wie die CSU und auch Teile der FREIEN WÄHLER diesen durchsichtigen Inszenierungen auf den Leim gehen. Es ist der Gipfel der Scheinheiligkeit, wenn Herr Holetschek hier vollmundig verlauten lässt: "Wenn Demokraten zusammenhalten, haben Extremisten keine Chance." Denn diese Anti-AfD-Demonstrationen, welche auch in diesem Dringlichkeitsantrag wieder über den grünen Klee gelobt werden, sind doch restlos von Linksextremisten unterwandert. Was diese Leute im Schilde führen, das zeigen sie inzwischen ganz unverhohlen auf Transparenten: "AFDler töten." – So konnte man das in Aachen, für jedermann sichtbar, an der Spitze der ach so demokratisch gesinnten Demonstranten lesen. Und diesen von Hass zerfressenen Gestalten biedern Sie und Herr Söder sich auch noch an. Das ist widerlich!

(Beifall bei der AfD)

Sie machen sich zu nützlichen Idioten einer linksgrünen Agenda und werden dann zum Dank von den linksradikalen Wortführern zu unerwünschten Personen erklärt, wie hier in München seitens der Demo-Organisatorin Lisa Poettinger. Wie tief kann man als angeblich Bürgerlicher oder gar Konservativer denn überhaupt noch sinken?

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Jetzt wird es unerträglich!)

Nein, die gegenwärtige Anti-Rechts-Hysterie, welche Sie uns als breiten bürgerlichen Protest verkaufen wollen, wird kein einziges der gegenwärtigen Probleme lösen. Im

Gegenteil, sie trägt zur weiteren Spaltung des Landes und zur weiteren Radikalisierung des politischen Diskurses bei.

(Martin Wagle (CSU): Ihr seid doch die Spalter!)

Das ist das Letzte, was Deutschland und Bayern jetzt brauchen können, genauso wie dieser Dringlichkeitsantrag der Kartellparteien, den wir entschieden ablehnen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, der Herr Abgeordnete Graupner hat in seiner Rede gerade einen Vorwurf gegen die Landtagspräsidentin geäußert, den ich hier ganz deutlich zurückweisen möchte. Die pauschale Aussage, Ilse Aigner würde ihr Amt missbrauchen, weise ich ganz deutlich zurück. Ich werde mir diesen Fall bis zur nächsten Sitzung noch einmal genauer anschauen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN auf.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Größer hätte die Diskrepanz nicht sein können: Heute Vormittag hörten wir die Erinnerungen und die Mahnung des Holocaust-Überlebenden Abba Naor, der als Jugendlicher die Vernichtung seiner Mutter und seiner zwei Brüder hautnah miterlebt hat und trotzdem die Kraft und die Größe hat, Deutschland zu verzeihen. Daneben haben wir den stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der AfD, der nicht einmal die vergleichsweise banale Größe hat, sich bei unserer Landtagspräsidentin zu entschuldigen. Ja, er sieht überhaupt gar keinen Anlass dafür, weil das seine Masche ist. Das ist sein Thema, unsere Demokratie gewissenlos zu bekämpfen.

(Christoph Maier (AfD): Wie der Herr Streibl!)

Größer hätte die Diskrepanz gar nicht sein können: der jüdische Junge, der die Deportation erlebt hat, und die Deportationsträume dieser Rechtsauslegerpartei. Ich sage Ihnen: Der fast 96-Jährige, der heute Vormittag hier stand, wäre einer der Ersten gewesen, den Sie deportieren würden, weil er nämlich auch nicht Ihrer Vorstellung von der deutschen Rasse entspricht. Meine Damen und Herren, das ist schäbig, das ist widerwärtig!

(Katrin Ebner-Steiner (AfD): Widerwärtig ist, was Sie gesagt haben!)

Herr Graupner, Sie stellen sich hierher und reden von "Scheinheiligkeit". Die Spalter reden von Spaltung. Sie propagieren bereits während der ganzen letzten Wochen und Monate den Ausstieg aus dem Wohlstand durch Dexit. Sie kuscheln mit einem Kriegsverbrecher aus Moskau. Sie geben zu, dass Sie die Verhaftung eines Abgeordneten hier inszenieren wollten, um die Landtagspräsidentin und dieses Haus zu delegitimieren, dieses Haus, in dem Sie mit Burschenschaftlern, die braune Parolen grölen, Partys feiern. Sie verachten diese Institution und dieses System, aber Sie kaufen auf dessen Kosten teure Sofas.

Sie verachten dieses Parlament. Sie verachten nicht nur dieses Parlament; Sie verachten die Demokratie. Sonst würden nicht die gleichen Leute auf Ihrem Parteitag sagen: "Wir müssen den Karnickeln in den Parlamenten den verdienten Nackenschlag versetzen [...]." Das ist eine Sprache, wie wir sie im Tausendjährigen Reich gehört haben und seitdem zum Glück nie wieder, bis Sie kamen. Ich sage Ihnen: Wir wollen so etwas hier nicht hören. Wir alle werden gemeinsam dafür sorgen, dass hier so etwas nicht mehr geschieht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Klarer lässt es sich nicht belegen, dass Sie diese Demokratie nicht mitgestalten wollen, sondern dass Sie diese Demokratie destabilisieren wollen, um sie letzten Endes zu zerstören.

(Zuruf von der AfD: Sie wollen das!)

Ich sage Ihnen: Solche Angriffe auf demokratische Institutionen und diesen Frontalangriff auf die demokratische Ordnung des Freistaates Bayern, auf uns alle, auf unsere Freiheit, auf unseren Frieden und auf unseren Wohlstand werden wir uns nicht gefallen lassen. Meine Damen und Herren, wenn wir Demokraten zusammenhalten, dann haben Extremisten keine Chance. Das versprechen wir Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ich finde es spannend, dass Sie sich zwischendurch immer wieder auf Ihre Umfrageresultate berufen nach dem Motto: Das kann doch nicht falsch sein, wenn wir so viele Menschen erreichen. – Doch, es ist falsch. Es ist keine Legitimation, wenn Sie die Unsicherheiten der Menschen ausnutzen, wenn Sie Angst schüren und glauben, dass diejenigen, die Ihnen auf den Leim gehen, Ihre Legitimation wären. Das ist nicht so.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das ist keine Legitimation, unseren Frieden, unsere Freiheit, unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit und unsere Menschlichkeit für völkische Ideen zu opfern. Ich verspreche Ihnen: Die Anständigen sind in der Mehrheit. Das haben sie in den letzten Wochen gezeigt. Und wenn einmal hinter einem Traktor jemand herläuft, der eher zu Ihnen passt, und wenn einmal auf einer Demonstration mit hunderttausend Menschen jemand dabei ist, der zum linksextremistischen Lager gehört, ist das egal.

(Zuruf von der AfD: Was für eine Relativierung!)

Die Mitte ist inzwischen auf der Straße, und die Mitte hält zusammen.

(Martin Böhm (AfD): Die Mitte arbeitet!)

Wir sind die Mehrheit, und wir sind die Anständigen. Wir werden dafür sorgen, dass unsere Menschenwürde geachtet bleibt und dass unsere Menschenwürde gewinnt.

Wir werden alle Errungenschaften der letzten achtzig Jahre verteidigen und dafür sorgen, dass nie wieder das geschieht, was Sie gerne wiederbeleben würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich rufe als nächsten Redner den Abgeordneten Markus Walbrunn für die AfD-Fraktion auf.

(Beifall bei der AfD)

Markus Walbrunn (AfD): Hohes Präsidium! So, die Hasskampagne gegen die AfD ist spätestens heute auch im Hohen Haus angekommen. Aber die Leute merken schon, dass es Ihnen um vieles geht, aber um eines bestimmt nicht: die Verteidigung der Demokratie.

(Beifall bei der AfD)

In unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag gibt es eine kleine Übersicht über all die vergangenen Male, in denen Ihre Parteien in Bund und Ländern selbst gegen die Rechtsgrundsätze und Werte dieses Staates und gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung agiert haben. Die Liste der Verfehlungen ist lang. Ich kann diese gerne noch ergänzen. Beispielsweise hatte die Grüne Jugend bis Oktober mit Sarah-Lee Heinrich eine Vorsitzende, die "alle weißen Menschen aus Afrika rauskehren" wollte und in Deutschland das Vorhandensein einer "ekligen weißen Mehrheitsgesellschaft" beklagte.

Geschätzte Qualitätsjournalisten auf der Empore, falls Sie einmal einen Tipp brauchen, wo Sie vielleicht den einen oder anderen echten Vertreibungs- und Deportationsplan aufdecken können, dann melden Sie sich gerne bei mir. Ich hätte einen Tipp für Sie.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Verwirrt!)

Kommen wir zur SPD: Auch so ein ganz spezieller Schlag von Demokraten. Uns würden Sie am liebsten mittels Gefälligkeitsgutachten des politisch gesteuerten Inlandsgeheimdienstes verbieten.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Es gibt keinen! – Klaus Holetschek (CSU): Immer wieder derselbe Quatsch!)

Aber im Münchner Rathaus unterstützen Sie Einrichtungen, die im Fokus des sogenannten Verfassungsschutzes stehen. Ich sage nur "Kafe Marat". Das ist nach dem Bericht des VS ein logistisches Zentrum und eine Informationsbörse der linksextremen Szene.

(Michael Hofmann (CSU): Sie machen es tatsächlich wie die Nazis: Sie wiederholen ständig Lügen! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Bei Ihnen hat die Bildung nicht gewirkt!)

Es ist ein Sumpf, der gehegt und gepflegt wird mit Steuergeldern – dank SPD und GRÜNEN. Das ist schäbig, schäbig, schäbig.

(Beifall bei der AfD)

Generell haben Sie von SPD und GRÜNEN wenig Scheu davor, mit Extremisten, Antisemiten und Verfassungsfeinden gemeinsame Sache zu machen.

(Johannes Becher (GRÜNE): Telegram!)

So ist es am Sonntag auf der großen Kundgebung in München auch wieder geschehen. Da war wieder alles dabei, und nicht nur unter den Demonstranten, sondern auch ganz vorne an der Spitze. Lisa Poettinger, die Organisatorin dieser Kundgebung, auf die Sie alle so stolz sind, war Mitglied der extremistischen Vereinigung Extinction Rebellion. Die Dame ist wiederholt mit antisemitischen Tweets aufgefallen und meinte noch Anfang letzten Jahres über eben jene Demokratie, die Sie vorgeblich verteidigen wollen: "Wir müssen dieses fucking System stürzen. Es geht nicht mehr so weiter."

Werte Mitläufer von GRÜNEN, SPD, CSU und FREIEN WÄHLERN, das sind Ihre Mitstreiter, Ihre Brüder im Geiste. Pfui Teufel!

(Beifall bei der AfD)

Aus Zeitgründen spare ich mir jetzt die Ausführungen zur CSU und den FREIEN WÄHLERN. Die Stichworte lauten: Amigo-Geschichten und Corona-Unrecht.

(Martin Wagle (CSU): Ihre Rede ist widerlich!)

Diese Themen bekomme ich ohnehin nicht mehr in der verbleibenden Redezeit unter.

(Klaus Holetschek (CSU): Das ist auch besser so!)

Diese Themen wären Material für einen ganzen Buchband, wenn Sie mich fragen.

(Michael Hofmann (CSU): Wir fragen Sie aber nicht!)

Geschätzte Vertreter der Blockparteien, Demokratie braucht ein freies Ringen der Ideen, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. Kommen Sie zum Ende.

(Zuruf von der CSU: Redezeit! – Felix Locke (FREIE WÄHLER): Redezeit!)

Markus Walbrunn (AfD): – echte Alternativen und keine Parteienkartelle, die versuchen, unliebsame Mitbewerber

(Zuruf von der CSU: Redezeit!)

durch Hetzkampagnen und juristische Winkelzüge auszuschalten.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Markus Walbrunn (AfD): Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Bravo!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Anna Rasehorn für die SPD.

Anna Rasehorn (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Ich darf seit zwölf Wochen diesem Hohen Hause, der Herzkammer unserer Demokratie, angehören. Das ist meine erste Rede.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Seitdem haben wir schon ganz oft das wahre Gesicht einer Fraktion in diesem Raum gesehen. Sie hat deutlich gezeigt, wie stramm sie dem rechtsextremen Weg ihres Kollegen Björn Höcke folgt. Wollen Sie Beispiele hören? – Ich kann Ihnen vier Vorfälle nennen, die alleine in den letzten zwei Wochen geschehen sind.

Erstens. Darauf ist man heute schon öfter eingegangen: Es handelt sich um eine E-Mail, die zu diesem wunderbaren gemeinsamen Antrag geführt hat. Diese E-Mail belegt, dass ein stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag dazu geraten hat, die Verhaftung eines anderen Abgeordneten im Landtag zu inszenieren, um dadurch gezielt auf die Delegitimierung unserer Landtagspräsidentin Ilse Aigner hinzuarbeiten. Damit ist aber nicht genug.

Zweitens. Derselbe stellvertretende Fraktionsvorsitzende hat vergangene Woche zu demselben Thema auf dem Landesparteitag in Mittelfranken Folgendes gesagt: "Wir müssen den Karnickeln in den Parlamenten den verdienten Nackenschlag versetzen und nicht unseren eigenen Parteikameraden." – Herr Böhm, darf ich das als Drohung auch mir gegenüber verstehen? Wie wollen Sie es machen, mit dem Bolzen oder der Keule? Wie wollen Sie hier mit unseren Kolleginnen und Kollegen umgehen?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Michael Hofmann (CSU): Herr Böhm, Ihr Lachen ist völlig unangebracht! Anscheinend freuen Sie sich schon darauf!)

Drittens. Auf demselben Landesparteitag grölten auf einer Party Delegierte einträchtig mit Mitgliedern der rechtsextremen Identitären Bewegung, mit der man angeblich nichts zu tun hat. Ich zitiere, auch wenn es schwer erträglich ist: "Deutschland den Deutschen, Ausländer raus."

(Zuruf von der AfD: Das ist nicht verboten!)

Viertens. Was die Parole wohl bedeuten mag, darüber kann man ausgiebig in den Kollektiv-Recherchen über ein Treffen von Großunternehmer:innen, AfD-Funktionär:innen, Personen der CDU-Werteunion und Größen der Naziszene in einer Villa in Brandenburg nachlesen.

(Widerspruch bei der AfD)

Das ist nachweislich. Es liegen Fotos vor. Mit dabei ist Gerrit Huy, Bundestagsabgeordnete der AfD aus Weilheim. Das ist alles auf Fotos festgehalten.

Ich komme aus Augsburg. Dort gibt es den zweithöchsten Migrant:innenanteil in Deutschland. Augsburg ist eine wunderbare Stadt. Ich komme aus der Altenpflege. Ich habe in einer Einrichtung mit 200 Mitarbeiter:innen bzw. Kolleg:innen gearbeitet, die aus über 80 Ländern kamen. Bei unseren Azubis liegt der Migrationsanteil bei über 90 %. Ich liebe meine Kolleg:innen. Die AfD hasst uns wohl so sehr, dass sie die allermeisten meiner Kolleg:innen am liebsten abschieben würde. Das dürfen wir nicht zulassen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich lasse mir nicht meine Kolleg:innen, ich lasse mir nicht meine Chef:innen, ich lasse mir nicht meine Freund:innen und ich lasse mir auch nicht meine Nachbar:innen nehmen. Wer von uns ist als Nächstes dran? Erich Kästner hat einmal gesagt:

"Die Ereignisse von 1933 bis 1945 hätten spätestens 1928 bekämpft werden müssen. Später war es zu spät. [...] Man darf nicht warten, bis aus dem Schneeball eine Lawine geworden ist."

Aus dieser Erkenntnis heraus haben uns die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes eine wehrhafte Demokratie vermacht. Wir müssen diese Instrumente aber auch nutzen. Wehret den Anfängen. Vorhin ist bereits erwähnt worden, dass die Anfänge schon vorbei sind. Wir stecken mitten im Kampf um unsere Verfassung und unsere Demokratie.

(Zuruf von der AfD)

Aber was bedeutet das jetzt konkret für uns? – Wir können jetzt nicht nur bei diesem Antrag bleiben. Herr Aiwanger, Sie können jetzt etwas von einer jungen Abgeordneten lernen. Übernehmen wir erstens nicht die rechten Begriffe, Argumentationen und Narrative. Dies führt nur zu ihrer Legitimation und nicht zur Rückgewinnung von Wähler:innenstimmen.

(Beifall des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Studien beweisen nachdrücklich, dass AfD-Wähler:innen am wenigsten von allen Wähler:innengruppen insgesamt bereit sind, für eine andere Partei zu stimmen, auch wenn man sich ihnen annähert.

Zweitens. Wir brauchen einen Konsens zwischen den demokratischen Parteien und die Rückkehr zum Streit um die besten Ideen und Inhalte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Reines taktisches Fischen am rechten Rand und Bashing zerstören unsere Demokratie. Dieser Antrag ist ein gutes und wichtiges Zeichen: Lasst uns vereint in der Sache um die besten Ideen streiten, hart in der Sache, fair mit den Menschen, aber geeint gegen Rechts.

Drittens. Der beste Schutz für unsere Demokratie und unsere vielfältige Gesellschaft sind selbstbewusste und aufgeklärte Demokrat:innen, die für die Werte unserer Verfassung einstehen. Demokratie muss man lernen wie das Fahrradfahren. Dafür braucht es auch ein gut ausgestattetes Landesprogramm zur Förderung der Demokratie. Es braucht politische Bildung an den Schulen. Es braucht auch politisches und gesellschaftliches Engagement. Hier müssen wir uns an der eigenen Nase fassen. Bayern ist Schlusslicht bei der politischen Bildung. Das wissen wir schon lange. Das belegen auch zahlreiche Studien. Eine Verfassungsviertelstunde ist vielleicht drüben auf der rechten Seite ganz hilfreich, aber an unseren Schulen ist das zu wenig, um Herz und Charakter zu bilden, wie es unsere Bayerische Verfassung fordert.

(Beifall bei der SPD)

Viertens. Die zahlreichen Beispiele, die ich gerade genannt habe, zeigen, dass wir leider sehr gute Chancen haben, das vierte Bundesland zu werden, in dem die AfD als gesichert rechtsextrem eingestuft wird. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat im September bestätigt, dass der Bayerische Verfassungsschutz zu Recht davon ausgeht, dass tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen in der AfD in Bayern bestünden. Diese Einschätzung trifft hier bei uns in Bayern allein der Verfassungsschutz. Wir haben in unserem Rechtsstaat zu Recht diese Trennung. Wir müssen uns hier in diesem Hause aber darüber im Klaren sein, dass das bald kommen kann und welche Konsequenzen wir daraus ziehen. Wir haben schon 2014 gesehen, dass es, wenn wir uns darüber keine Gedanken machen, zu spät ist. Wir haben das beim Freien Netz Süd gesehen, das wir als gesichert rechtsextrem eingeschätzt haben. Es hat sich eine Woche später als DER III. WEG neu gegründet und hat einfach alles mitgenommen. An diesem Punkt darf das nicht passieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir müssen uns die Frage stellen: Wie geht es mit der Einstellung von Beamtinnen und Beamten, wie geht mit der Parteienförderung weiter, und wie steht es um ein Parteiverbot auch auf Landesebene? "Nie wieder" ist immer, aber gerade jetzt.

Ich freue mich sehr, mit FREIEN WÄHLERN, CSU, GRÜNEN und mit meiner Partei jetzt ein Bollwerk gegen Rechts aufzubauen. Es ist an der Zeit. Ich freue mich, dass wir diesen Weg gegangen sind, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das bei meiner ersten Rede. Ich freue mich. Vielen lieben Dank. Packen wir es an.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, der CSU, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Als nächsten Redner rufe ich den Kollegen Winfried Bausback von der CSU auf.

Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hohes Haus, Herr Präsident! Eigentlich hätten wir nicht noch einmal das Wort ergriffen; auf die Rede von Herrn Graupner ist aber doch noch kurz zu erwidern.

Kolleginnen und Kollegen, wenn es eines Beweises bedurft hätte, wes Geistes Kind die auf der rechten Seite sind, dann sind das die Rede von Herrn Graupner und die Pressemitteilung, mit der die AfD diese Debatte momentan begleitet. Sie sind ein schlagender Beweis. Es ist ja nicht so, dass sich Herr Böhm nur einer Entschuldigung verweigert. Ich zitiere nur einen Satz aus dieser Pressemitteilung. In der Pressemitteilung wird er mit folgendem Zitat erwähnt. Herr Böhm sagt:

"Wenn ein Abgeordneter der Opposition aufgrund eines in der Sache äußerst fragwürdigen Haftbefehls im Landtag verhaftet worden wäre, hätte dies ein bezeichnendes Licht auf die immer wahrscheinlichere Beeinflussung der bayerischen Justiz durch die Kartellparteien geworfen."

Was hier formuliert wird, ist ein Skandal!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, wir haben es heute gehört: Die AfD delegitimiert die zentralen Organe der Exekutive, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung

schützen. Sie sprechen davon, dass der Verfassungsschutz ein Büttel der Kartellparteien sei.

(Zuruf von der AfD: Das ist ja auch so!)

Die AfD delegitimiert die Demokratie und das Parlament, wenn sie die Landtagspräsidentin beleidigt und ihr einen Amtsmissbrauch vorwirft, der durch nichts belegt ist. Die AfD versucht, die Justiz als von den "Kartellparteien", von den Parteien außer ihr beeinflusst darzustellen. Sie stellt damit den Rechtsstaat infrage.

Sie legen die Axt an die zentralen Säulen unseres Staates. Sie legen die Axt an die Säule der Rechtsstaatlichkeit. Sie legen die Axt an die Säule der Demokratie. Sie legen die Axt an die Säule einer ordnungsgemäßen Verwaltung.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Wer das tut, Kolleginnen und Kollegen, ist nach meiner Wertung ein Extremist, und Extremisten gehören eigentlich nicht in dieses Haus, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Eines aber – wenn möglich, soll man eine Debatte ja mit einem positiven Blick beenden – kann uns heute am Ende schon hoffnungsfroh stimmen. Es gibt ein Zitat von Golo Mann, das mich schon seit Langem sehr beeindruckt. Ich bekomme es vielleicht nicht ganz genau hin, aber ziemlich genau. Er schreibt in seinem Buch "Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts" ganz am Anfang folgenden Satz: Sicher hat das Grundgesetz zur Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beigetragen, wiewohl wir doch wissen, dass nicht Verfassungen, sondern die handelnden Menschen, die das oder das aus ihnen machen, zur Stabilität eines Staates beitragen.

Kolleginnen und Kollegen, der gemeinsame Dringlichkeitsantrag der vier Parteien und die Reden der Vertreter dieser vier Parteien haben gezeigt, dass die handelnden Menschen in Bayern mit ihren Vertretern gewillt sind, die Angriffe, die Axt, die von denen,

die da drüben sitzen, an die Säulen unseres Staates gelegt werden soll, abzuwehren. Wir wehren diesen Angriff gemeinsam ab, auch wenn wir in der Sache weiterhin leidenschaftlich miteinander streiten werden. Das gehört zur Demokratie.

Lassen Sie uns diese Grundgemeinsamkeit, die unseren Staat trägt, die unseren Wohlstand trägt, die unsere Freiheit trägt, beibehalten; denn dann wird die AfD am Ende politisch von der Bühne verschwinden. Auf diesen Tag freue ich mich persönlich sehr. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/269 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/278 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Mit den Gegenstimmen von CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/270 mit 19/272 und 19/279 werden nach der Plenarsitzung in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Hiermit beende ich die Sitzung.

(Schluss: 18:07 Uhr)